

van Deuverden, Kristina

Article

Stabilitätsprogramm bei Beschluss bereits veraltet

DIW-Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: van Deuverden, Kristina (2013) : Stabilitätsprogramm bei Beschluss bereits veraltet, DIW-Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 80, Iss. 16, pp. 24

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/74435>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Kristina van Deuverden ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin. Der Beitrag gibt die Meinung der Autorin wieder.

Stabilitätsprogramm bei Beschluss bereits veraltet

Seit Einführung der gemeinsamen Währung überwacht die Europäische Kommission die Haushaltsführung in den Mitgliedsländern. Grundlage für diese Überwachung sollten jeweils im Herbst eines Jahres vorzulegende Stabilitätsprogramme sein, in denen die Entwicklung der Wirtschaft zum einen, die der öffentlichen Finanzen zum anderen ausführlich dargelegt werden. Die Eurokrise hat eindrucksvoll gezeigt, dass diese Vorgehensweise tragfähige öffentliche Finanzen nicht gewährleisten kann, und das Verfahren wurde reformiert. Grundlage für die Haushaltsüberwachung sind auch nach der Reform von den Mitgliedsländern vorzulegende Stabilitätsprogramme. Diese beruhen auf der Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung im November des Vorjahres dem Zeitpunkt, zu dem auch die EU-Kommission ihren Jahreswirtschaftsbericht vorlegt und bilden einen Projektionszeitraum von fünf Jahren ab.

Diese Woche ist es so weit, und das Stabilitätsprogramm wird im Kabinett diskutiert. Erscheinungsdatum und Projektionszeitraum sind mit der in diesem Wochenbericht veröffentlichten Einschätzung des DIW Berlin über die wirtschaftliche Entwicklung und Finanzlage der öffentlichen Hand in der mittleren Frist identisch. Die Ergebnisse dürften jedoch deutlich voneinander abweichen. Die Frage, warum dies so ist, liegt auf der Hand. Ist es allein eine andere Sichtweise oder ist eine der Projektionen vielleicht sogar unseriös?

Die Sichtweisen werden an der einen oder anderen Stelle sicher voneinander abweichen. Vor allem aber sind die berücksichtigten Datenstände unterschiedlich. Die im Stabilitätsprogramm zugrunde gelegte wirtschaftliche

Entwicklung basiert auf dem teilweise angepassten Datenstand vom November vergangenen Jahres. Die Projektion des DIW Berlin beruht auf aktuellen Daten. Nun vergeht zwischen November und April nicht gerade viel Zeit. Trotzdem kann die wirtschaftliche Einschätzung sich ändern, auch weil simple Datenrevisionen von Zeit zu Zeit große Probleme verursachen können. So auch dieses Mal. Die Zahl der Erwerbstätigen ist kräftig revidiert worden. Der Eckwertebeschluss für den Bundeshaushalt vom März dieses Jahres enthält ebenfalls noch den alten Datenstand. Die Regierung schätzt auf dieser Grundlage, dass die Zahl der Erwerbstätigen im laufenden Jahr um 15 000 Personen höher liegen dürfte als im Vorjahr; die Projektion des DIW Berlin sagt eine Zunahme um 186 000 Personen vorher. Dies hat erhebliche Konsequenzen für die Lohnsumme, die wichtigste Einflussgröße für die öffentlichen Finanzen.

Das Stabilitätsprogramm, in das viel Zeit, Sachverstand und Geld fließen, ist bereits völlig überholt, wenn es veröffentlicht wird. Nun ist die Relevanz im Fall Deutschlands vielleicht nicht so groß: Die Finanzlage ist gut, eine Haushaltsnotlage nicht in Sicht, und auch die wirtschaftliche Entwicklung gibt keinen Anlass zur Sorge. Aber, was passiert, wenn sich die Einschätzung der Finanzlage nicht verbessert sondern verschlechtert? Und Deutschland geht es gut. Was ist eigentlich mit den Stabilitätsprogrammen der Krisenländer? Schließlich: Darf ein veraltetes Programm wirklich die Grundlage für die Haushaltsüberwachung durch die Kommission bilden? Wohl kaum: Wirtschaftspolitisches Handeln sollte auf einer aktuellen Einschätzung der Entwicklungen beruhen.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
www.diw.de
80. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Sebastian Kollmann
Dr. Richard Ochmann
Dr. WolfPeter Schill

Lektorat

Dr. Stefan Bach
Jens Kolbe

Textdokumentation

Lana Stille

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805 - 19 88 88, 14 Cent./min.
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.